

Eröffnung des Württ. Landtags

Neckarkanal - 8. Schuljahr - 3. Nachtrag zum Staatshaushalt

Stuttgart, 27. April.

Nach fünftägiger Unterbrechung nahm der Landtag gestern nachmittags seine Vollsitzungen wieder auf. Zunächst wurde eine Anfrage über die vorläufige Auslegung der Arbeiten am Neckarkanal behandelt. Abg. Brudmann (Dem.): Er sei erstaunt, daß der Bau der Staustufe bei Heidelberg auf Anordnung des Reichsverkehrsministeriums vorerst eingestellt worden sei, obgleich der Reichstag die Mittel bewilligt habe.

Minister Bolz teilte mit, daß auch die württ. Regierung von der Einstellung überrascht worden sei und daß sie in Berlin Vorstellungen erhoben habe. Die Verhandlungen über den Ausbau der Staustufen von Horkheim und Oberhingen stehen vor dem Abschluß.

Nach längerer Aussprache, in der u. a. angedeutet wurde, daß die Einstellung auf Einwirkung der Reichsbahn oder des Außenministers Stresemann und des Reichswirtschaftsministers Curtius zurückzuführen sei, wurde ein Antrag angenommen, das Staatsministerium wolle bei der Reichsregierung für die Fortsetzung der Kanalarbeiten eintreten.

Bei der zweiten Beratung des Abänderungsentwurfs zum Schulgesetz vom 17. Mai 1920 erklärte Abg. Reil (Soz.), die zweite Lesung sei unzulässig, solange der Geschäftsordnungsausschuß nicht die Frage geprüft habe, ob der in der ersten Lesung eingebrachte Antrag Pflichtiger, die Vorlage an die Regierung zurückzuverweisen, zulässig gewesen sei oder nicht.

Staatspräsident Bazille bittet, auf die praktischen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Präsident Körner wendet sich gegen die Buchstabenklauberei Reils. Nach 14stündiger Geschäftsordnungsdebatte stimmt die Mehrheit des Landtags (Rechte und Zentrum) für die Zulässigkeit der 2. Beratung. Der Entwurf bestimmt, daß, solange in einer Gemeinde aus finanziellen oder anderen Gründen das 8. Schuljahr nicht durchführbar ist, das Kultministerium auf Antrag des Gemeinderats genehmigen kann, daß die Durchführung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

Nach kurzer Unterbrechung erklärt Abg. Reil, da die sozialdemokratische Fraktion in dem Beschluß einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung erblickt, werde sie an der zweiten Beratung nicht teilnehmen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal und lassen als „Hörchposten“ die Abg. Heymann und Beder zurück. (Heiterkeit bei den Regierungsparteien. Abg. Andre ruft: „Es ist noch lange nicht Feierabend!“)

Abg. Scheef (Dem.): Der Entwurf entspränge dem Machtwillen des Bauernbunds und deshalb seien die Demokraten dagegen.

Kultminister Bazille: Zwei Briefe, die mir zugegangen sind, beweisen, daß die Landwirte aus finanziellen Gründen

des 8. Schuljahr zurzeit ablehnen. Man sollte nicht auch noch die Landwirte gegen die jetzige Staatsordnung aufreizen. Die demokratische Partei hat das Recht, stets das

Gegenteil von dem zu erreichen, was sie will. Sie will keine politische Revolution und ihre Politik hat doch mitten in diese hineingeführt; sie will auch keine soziale Revolution und doch hat ihre Politik auch in diese hineingeführt. Unverständlich ist bei diesem Gesetz die Opposition der Deutschen Volkspartei. Man darf den Wert des 8. Schuljahrs nicht überschätzen. Aus einem unbegabten Schüler machen auch 10 Schuljahre keinen geistigen Menschen. Die Berichtsersteller der anderen deutschen Staaten sagten aus, daß sie das 8. Schuljahr nicht mehr einführen würden, wenn sie es nicht schon hätten.

Abg. Hartmann (DB): Wir lassen uns von unserer ablehnenden Haltung nicht abbringen. Das 8. Schuljahr muß durchgeführt werden. Wir lehnen den Entwurf ab. (Zuruf: „Ist das wohlwollende Neutralität?“)

Abg. Dingle (WB): Man darf keine geistige Zwangswirtschaft einführen. Es hat auch früher, ohne das 8. Schuljahr, geistige Leute gegeben.

Abg. Pollich (Z): Die Opposition schießt mit der „dicken Berta“ nach einem kleinen Späßen. Das 8. Schuljahr bleibt bestehen, nur wird den schwachen Gemeinden eine Schonungsfrist gewährt. In Städten wie Stuttgart, Ulm und Heilbronn gibt es zahlreiche Befreiungsgeluche vom 8. Schuljahr. Und wird einmal ein Befreiungsgeluch nicht genehmigt, so stellt sich sicher ein ärztliches Zeugnis oder gar ein Abgeordneter, selbst aus der soz. Partei, ein.

Der Entwurf wird mit 36 Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen 11 Stimmen von Demokraten, Deutsche Volkspartei und Volkslisten angenommen. Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Der 3. Nachtrag zum Staatshaushalt

Am Mittwoch trat das Haus in die Beratung des dritten Nachtragssets ein. Finanzminister Dr. Dehlinger beauftragt, daß die Senkung der Staatssteuer auf Grund, Gebäude und Gewerbe von 7 auf 5 Prozent eine Folge des Finanzausgleichs sei. Eine Senkung der Gebäudeverschuldungssteuer sei aus reichsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen, dürfte aber bis 1. Oktober durch ein Reichsgesetz erfolgen. Besonders begrüßt der Minister, daß die berechtigten Forderungen Württembergs nach einem höheren Anteil an der Biersteuer erfüllt wurden. Als Abschluß teilte der Minister für 1926 einen Abmangel von 10,1, für 1927 einen solchen von 24,1, zusammen 34,2 Millionen Mark mit. Zur Deckung dieses Abmangels stehen zur Verfügung die Mehreinnahmen von Reichssteuerüberweisungen mit zusammen 29,5 Millionen, außerdem Restmittel, so daß der Etat für beide Rechnungsjahre in Einnahmen und Ausgaben sich ausgleicht. Dieses Etatbild sei recht befriedigend. Nun komme es aber auch darauf an, zu verhindern, daß die jetzige Senkung der Steuern wieder rückgängig gemacht werden müsse.

Abg. Ulrich (S.) erklärte, die Steuerentlastungen hätten schon vor Jahren vorgenommen werden müssen. Mit den Polizeikostenbeiträgen habe die Regierung die Gemeinden bemogelt. Ungerecht sei auch die Schullastverteilung. Die Verwaltungsreform sei kläglich stecken geblieben. Ein Konkordat, das Schulfragen enthalte, lehne die Sozialdemokratie entschieden ab. Das Besenntnis des Staatspräsidenten zur jesuitischen Diktatur auf dem Gantag des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbands durch Eintreten für den Berufsständestaat sei ein Verstoß gegen die Reichsverfassung.

Staatspräsident Bazille erklärte, die Steuerentlastung sei gekommen im Widerspruch der Linksparteien. Die Arbeiten an der Verwaltungsreform werden dauernd fortgeführt. Die Staatsausgaben wären noch höher geworden, wenn man alle sozialdemokratischen Anträge angenommen hätte. Man müsse die Berufe zur Selbsthilfe erziehen und er habe deshalb das Wirtschaftsministerium erucht, Entwürfe für weitere berufsständische Vertretungen auszuarbeiten. Das Reich nehme aber die Zuständigkeit in diesen Fragen für sich in Anspruch und halte die jetzige Zeit der wirtschaftlichen Not zur Schaffung von Arbeiter- und Angestelltenkammern nicht für geeignet. Er habe, entsprechend dem Reichswirtschaftsrat, für Württemberg einen Landeswirtschaftsrat schaffen wollen. Da dies aber nicht gehe, habe er einen Gesetzentwurf über die Beiräte ausgearbeitet. Die Mitwirkung der Berufsstände an der Verwaltung des Staats sei ein Gegengewicht gegen den Absolutismus des Parlamentarismus. Nicht die unveränderte Einführung des italienischen Vorbilds, sondern den Gedanken einer stärkeren Beteiligung der Berufsstände an der Staatsverwaltung habe er auf dem Gantag des DHB beauftragt und deshalb habe auch das Staatsministerium keine Veranlassung gehabt, sich mit seiner Rede zu befassen.

Abg. Schnef (Komm.) erblickte in dem Etat eine Verhöhnung der werktätigen Massen und sagte dieser „Zigeunerpolitik“ den Kampf an.

Minister des Innern Bolz hielt seinen Standpunkt zum Potentzialium aufrecht und bezeichnete die jüngst erfolgte Beschlagnahme der Süddeutschen Arbeiterzeitung als gerechtfertigt. Vorläufige Festnahme und Haftbefehl bei Enttarnung auf früherer Tat seien auch gegenüber dem Reichstagsabgeordneten Hörnle erlaubt und dieser werde sich in Zukunft daran gewöhnen müssen. Die Kommunisten hätten es selbst in der Hand, ob sie die Polizei beschäftigen wollen oder nicht.

Die Anfrage betr. die Stilllegung des Zementwerks Balingen beantwortete das Wirtschaftsministerium: Das Werk beschäftigte noch 50 Arbeiter. Das Ministerium und das Gewerbe- und Handelsaufsichtsam haben, um die übrigens unter Beobachtung aller reichsgesetzlichen Bestimmungen erfolgte Stilllegung tunlichst zu vermeiden, wiederholt mit dem Zementwerk und den an ihm hauptsächlich beteiligten Firmen verhandelt. Diese habe aber die Fortsetzung des Betriebs als unwirtschaftlich und finanziell untragbar abgelehnt; eine dauernde Stilllegung sei nicht beabsichtigt, doch lasse sich ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme des Betriebs bei den heutigen Absatzverhältnissen noch nicht bestimmen. — Weitere Maßnahmen auf Grund der Stilllegungsbestimmungen müssen für den Fall vorbehalten bleiben, daß die Entwicklung der Angelegenheit dazu Veranlassung geben sollte.

Zur Bischofswahl. Auf die kleine Anfrage des Abg. Mergenthaler betr. Vereinbarung zwischen der württ. Regierung und der Kurie über die Bischofswahl wurde von der Regierung folgende Antwort erteilt: 1. Das Ergebnis

der Verhandlungen ist von der Regierung in der Presse des Landes bekanntgegeben worden. Weitere Verabredungen mit dem Päpstlichen Stuhl sind noch nicht getroffen. 2. Das Gesetz über die Kirchen vom 3. März 1924 hat es durch die Aufhebung des Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. Januar 1862 in das pflichtgemäße Ermessen der Regierung gestellt, inwieweit sie unter den veränderten staatsrechtlichen Verhältnissen an den Einrückungen festhalten will, die der Päpstliche Stuhl in den Vereinbarungen der Jahre 1825/27 über die Bischofswahl der württ. Regierung gemacht hat. Ein Staatsvertrag, der der Zustimmung des Landtags bedürfte, ist mit dem Päpstlichen Stuhl nicht abgeschlossen worden. 3. Bei den beabsichtigten Verhandlungen mit dem Päpstlichen Stuhl über die neue Ordnung des Besetzungsvorgangs wird die Regierung für eine Regelung eintreten, die den heutigen Bedürfnissen des Landes entspricht.

Unterstützung württ. Siedler. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Ströbel teilte die Regierung mit, sie werde demnächst prüfen, ob und in welchem Maß es möglich ist, die Mittel bereitzustellen, die erforderlich sind, um die württembergischen Siedlungsbewerber mit Darlehen zu den gleichen Bedingungen auszustatten, wie sie Preußen seinen Siedlern gewährt.

Hausierhandel im Kraftwagen. Auf eine kleine Anfrage hat die Regierung geantwortet: Die Firma Lichdi AG. in Heilbronn hat einen Hausierhandel mit Lebensmitteln und Kolonialwaren eingerichtet, die in den Ortschaften um Heilbronn vom Wagen herab verkauft werden. Verschiedene Gemeinden haben der Firma das Aufstellen dieser Wagen an Straßen oder öffentlichen Plätzen untersagt. Eine Beschwerde der Firma hiergegen wurde von der Regierung abgewiesen. Der Hausierbetrieb ist infolgedessen mannigfach eingeschränkt. Da die Lichdi Wandergewerbetische haben, kann auf Grund der Gewerbeordnung nicht gegen sie eingeschritten werden. Ein Verbot des Hausierbetriebs durch Kraftwagen würde eine Änderung der Gewerbeordnung erheischen. Im Benehmen mit den öffentlichen Berufsvertretungen von Gewerbe und Handel wird zurzeit die Frage geprüft, ob eine solche Änderung beim Reich beantragt werden soll. Soviel bekannt ist, hat der badische Staat zu dem Hausierhandel der Firma in Karlsruhe und Pforzheim noch nicht Stellung genommen.

Im Hungerstreik. Der Untersuchungsgefangene Otto Braune, gegen den beim Reichsgericht in Leipzig ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt und der zurzeit im Amtsgericht Tübingen untergebracht ist, befand sich vom 7. bis 21. März im Hungerstreik, weil der Untersuchungsrichter seinen Briefwechsel beschlagnahmte und ihm den schriftlichen Verkehr mit seinem Rechtsbeistand nicht gestattet habe. Die Kommunisten haben nun folgende große Anfrage gestellt: Der Untersuchungsrichter, dem von dem Hungerstreik des Braune nichts bekannt gewesen sein soll, habe sich anmaßlich nicht um den Untersuchungsgefangenen gekümmert. Ist der Herr Justizminister bereit, dafür zu sorgen, daß den Untersuchungsgefangenen nicht unzulässigerweise ihre Rechte beschneidet werden und daß die skandalöse Gleichgültigkeit der Justizbehörden gegenüber dem Leben und der Gesundheit der Untersuchungsgefangenen beseitigt wird?

Aus Stadt und Land

Nagold, 28. April 1927.
Man soll nicht genießen wollen, wo man nicht zu genießen gibt. Nietzsche.

Der Sonderzug an den Rhein wird verschoben

Der für Samstag, den 30. April und Sonntag, den 1. Mai ds. Js. vorgesehene Verwaltungs-Sonderzug nach Köln a. Rhein muß wegen ungenügender Beteiligung ausfallen und wird nunmehr im gleichen Kurs am Samstag, den 14. und Sonntag, den 15. Mai ausgeführt. (S. Inseratenteil.) Die bereits gelösten Fahrkarten sind auch am 14./15. Mai gültig. Der Sonderzug mit 3. u. 4. Klasse wird von Nagold über Pforzheim, Mühlacker beschleunigt bis Bingen durchgeführt, ab Bingen herliche Dampferfahrt bis Königswinter, wo der Drachenfels besucht und Nachtquartier genommen wird. Sonntag früh 6.35 Uhr Weiterfahrt mit Sonderzug bis Köln, Besichtigung der Stadt (Autorundfahrt), der Rheinbrücken, des Doms usw. Köln ab 3.00 Uhr nachm. Für gute und preiswerte Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Jedermann kann die rasche und billige Reisegelegenheit, die außerordentlich viel Sehenswertes bieten wird, nochmals bestens empfohlen werden.

Lichtbildervortrag

Heute abend 8 Uhr findet im Traubensaal der Vortrag des Herrn Oberpräzeptor B a l e n über das Thema „Blumenfreude in Haus und Garten“ statt. Herr Oberpräzeptor Balen ist auf diesem Gebiet eine Kapazität, dessen Vorträge, wo sie auch immer gehalten wurden, mit großem Beifall aufgenommen wurden, zumal sie durch prachtvolle farbige Lichtbilder unterstützt werden. Einschlägige Literatur in großer Auswahl finden die Besucher ebenfalls vor. Mancher einer wird wertvolle Anregungen bekommen und sie zur Tat werden lassen und dadurch wieder viele andere durch freundlichen Balkonschmuck, schöne Blumen auf dem Fensterbrett, geschmackvolle Gartenanlage usw. erfreuen. Auch im Interesse des Fremdenverkehrs, der sicherlich durch Verwirklichung der gemachten Vorschläge nur gefördert werden wird, wäre ein reger Besuch zu empfehlen.

Borspielabend

Heute abend 8 1/2 Uhr werden im Seminaraal Variationen und außerdem die 5. Symphonie von Beethoven auf dem Klavier vorgetragen.

Unbefestigte Briefe. Eine Oberpostdirektion der Reichspost gibt bekannt: Wegen ungenügender Anschrift gehen bei der Rückfracht die Briefe täglich etwa 400-500 Briefe und Postkarten ein, die weder dem Empfänger zugeföhrt noch an die Absender zurückgegeben werden können, weil beide nicht zu ermitteln sind. Um die Absender festzustellen, werden die Briefe ohne Abänderung von zwei besonders verpflichteten Beamten geöffnet; 8 bis 10 v. H. der geöffneten Briefe werden, da die Absender nicht angegeben sind, nach drei Monaten verbrannt. Der Grund der Unzustellbarkeit ist meist auf folgende Unterlassungsünden zurückzuführen: 1. Die Anschrift fehlt, 2. die Anschrift ist so undeutlich, daß sie nicht entziffert werden kann; 3. auf den Sendungen nach größeren Orten fehlen Straßenbezeich-

Operation. Die Wunde ist vollkommen abgeheilt. Die Kar. weiche der Behandlung der Gallenblasenerkrankung dient, nimmt einen normalen Verlauf.

Wendlingen M. Kirchheim, 27. April. Guter Fischfang. In der vergangenen Nacht zogen große Scharen Fische vom Neckar in die zur Zeit wasserreiche Lauter heran, um zu laichen. Die Fischwasserbesitzer machten aus diesem Anlaß große Fänge, zum Teil über einen Zentner.

Reutlingen, 27. April. Schulstreik. Einen kleinen Schulstreik inszenierten am Samstag in Begleitung der Knaben der neuen 8. Volksschulklasse. Der Beweggrund war der vom Ortschulrat befürwortete Dispens einiger Schüler vom Besuch der 8. Klasse, da sie bereits das 14. Lebensjahr erreicht und schon Lehrstellen hatten. Nun stellten sich aber die Knaben - es waren etwa ein Dutzend - auf den Standpunkt, daß für alle das gleiche Recht zu gelten habe. Sie machten sich zwar am Samstag früh wie üblich auf den Schulweg, blieben aber der Schule demonstrativ fern. Einige wurden dann von Ratsschreiber Red ins Gebet genommen und ihnen der Standpunkt klar gemacht mit dem Erfolg, daß die Streitenden am Montag wieder zur Schule gingen.

Honau M. Reutlingen, 27. April. Forellenvergiftungen. Im itaatischen Fischwasser der oberen Echaz auf Marlung Unterhausen treten in letzter Zeit unter den Forellenbeständen Vergiftungserscheinungen auf. Ganze Körbe voll Forellen aller Größe sind an dem Fabrikreservoir in Unterhausen angeschwemmt worden. Dem Pächter des Bassers ist dadurch ein beträchtlicher Schaden entstanden. Untersuchung ist eingeleitet.

Horb a. N., 27. April. Aus dem Parteileben. Am 1. Mai findet hier im Lindenhof nachmittags 2 Uhr eine Tagung der Schwarzwälder Ortsgruppen der Deutschen nationalen Volkspartei statt, bei der der Landesvorsitzende der Partei, Rechtsrat Hirzel, und Finanzminister Dr. Dehlinger sprechen werden. Die Tagung ist von besonderem Interesse, da Finanzminister Dr. Dehlinger über die für den Schwarzwald lebenswichtige Entwicklung des Nord-Süd-Verkehrs und die dahin zielenden Maßnahmen der württ. Regierung Ausführungen machen wird.

Trossingen, 27. April. Autolinie. Ab 1. Mai verkehrt die Kraftpost auf der Linie Trossingen-Trossingen.

Ulm, 27. April. Ulanenregiment König Karl (1. Württ.) Nr. 19. Die früheren Angehörigen des Regiments veranlassen am 8. und 9. Oktober ds. Js. in ihrer alten Garnisonstadt Ulm a. D. ein Wiedersehensfest.

Allmendingen M. Ehingen, 27. April. Den Brandwunden erlegen. Die 13 J. a. Tochter der Witwe Heckmann von hier fing am Herd Feuer. Das Mädchen erlitt so schwere Brandwunden, daß es im Bezirkskrankenhaus starb.

Langenargen, 27. April. Schiffsunglück. Nach der Ausfahrt aus dem hiesigen Hafen kam das große, mit Kies beladene Motorlastschiff von Schiffmeister Wocher infolge eines heftigen Weststurms zum Kentern. Die über Bord schlagenden Wellen füllten das Schiff allmählich, so daß es sank. Es ist fraglich, ob das Schiff gehoben werden kann. Die aus vier Mann bestehende Besatzung konnte vom Land aus gerettet werden.

Ringingen M. Hechingen, 27. April. Die Grippe zieht schon seit Wochen wieder durch unsern Ort. Meistens werden jüngere oder ältere Leute davon betroffen. Bis jetzt sind 4 Todesfälle zu verzeichnen.

Der Gesellschafter ist Ihre Zeitung!

